



# Bescheinigung des Arbeitgebers zum Antrag auf Anpassungsgeld

Zur Vorlage beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle  
Bitte auf Briefpapier des Arbeitgebers drucken

## 1 Antragstellende Person

Anrede	Vorname	Nachname
--------	---------	----------

Die oben genannte Person war bereits am 30.09.2019 bei einem Unternehmen gemäß Nr. 2.2.3 der Richtlinien zur Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Braunkohlentagebaus und der Stein- und Braunkohleanlagen (Richtlinien) beschäftigt.

## 2 Nennung der Betriebseinheit

<input type="checkbox"/> Unternehmen, das Braunkohle abbaut (Nr. 2.1.1 der Richtlinien) und von einer Stilllegungsmaßnahme nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (Nr. 2.2.1 der Richtlinien) betroffen ist (Braunkohlentagebau) →	stillzulegendes Kraftwerk
<input type="checkbox"/> Unternehmen, das durch den Einsatz von Braunkohle elektrische Energie erzeugt (Nr. 2.1.1 der Richtlinien) und von einer Stilllegungsmaßnahme nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (Nr. 2.2.1 der Richtlinien) betroffen ist (Braunkohlekraftwerk) →	stillzulegendes Kraftwerk
<input type="checkbox"/> Unternehmen, das durch den Einsatz von Steinkohle elektrische Energie erzeugt (Nr. 2.1.1 der Richtlinien) und von einer Stilllegungsmaßnahme nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (Nr. 2.2.1 der Richtlinien) betroffen ist (Steinkohlekraftwerk) →	stillzulegendes Kraftwerk
<input type="checkbox"/> Tochterunternehmen eines Hauptunternehmens (gem. Nr. 2.1.2 bzw. 2.1.3 der Richtlinien), welches von einer Stilllegungsmaßnahme nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (Nr. 2.2.1 der Richtlinien) betroffen ist →	Hauptunternehmen benennen
<input type="checkbox"/> Partnerunternehmen eines Hauptunternehmens (gem. Nr. 2.1.2 der Richtlinien), welches von einer Stilllegungsmaßnahme nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (Nr. 2.2.1 der Richtlinie) betroffen ist →	Hauptunternehmen benennen

## 3 Konkrete Zuordnung zur Betriebseinheit

Der/die Arbeitnehmer/in war:

<input type="checkbox"/> in der Betriebseinheit, die stillgelegt wird, beschäftigt
<input type="checkbox"/> in einer anderen Betriebseinheit beschäftigt und findet ersatzweise Berücksichtigung (Stellvertreterprinzip gem. Nr. 2.2.2 der Richtlinie)

## 4 Ende des Beschäftigungsverhältnisses

Ende des Beschäftigungsverhältnis am [TT.MM.JJJJ]



## 5 Weitere Erklärungen des Arbeitgebers

1. Auf Grund der hier vorliegenden Unterlagen bescheinigen wir, dass
  - der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses eine Kündigung des Unternehmens zugrunde liegt
  - die mit einem Ausscheiden aus der Beschäftigung im Unternehmen verbundene Entlassung aus Anlass einer vom BMWi bestätigten Stilllegungsmaßnahme (Nr. 3.4 der Richtlinien) erfolgte
  - und die Gründe für die Entlassung nicht in der Person des/der Antragstellers/Antragstellerin liegen
2. Wir bestätigen, dass der/die Antragsteller/in keinen dem Anpassungsgeld vergleichbaren Anspruch aufgrund Tarifvertrag oder betrieblicher Vereinbarung hat.
3. Wir verpflichten uns, unrechtmäßig gewährtes Anpassungsgeld und unrechtmäßig übernommene Krankenkassenbeiträge zu erstatten, wenn und soweit die unrechtmäßige Zahlung durch unser Verschulden oder das Verschulden unserer Mitarbeiter/innen (Erfüllungsgehilfen) verursacht worden ist.
4. Uns ist bekannt, dass wir verpflichtet sind, wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen und nichts zu verschweigen, und dass im Falle eines Verstoßes hiergegen eine strafrechtliche Verfolgung möglich ist.

Datum

Stempel und Unterschrift des Unternehmens